

Auch die zusätzlichen 20 Millionen € für die Inklusionspauschale kommen über den Verteilungsschlüssel den Berufskollegs zugute. Das Geld ist hier sehr gut angelegt. Denn es fließt nicht nur in den schulischen Teil der beruflichen Ausbildung. Die Leistungen der Berufskollegs im Rahmen der internationalen Klassen, in den Berufsvorbereitungen und in den vielen anderen Bildungsgängen benötigen und verdienen diese unter anderem auch monetäre Anerkennung.

(Beifall von der FDP)

Im ersten Haushalt der NRW-Koalition wird deutlich, dass die Schattenjahre der Berufskollegs beendet sind, dass wir um die Wichtigkeit dieser Schulform in unserem Land wissen und dass wir ihr den Platz geben, der ihr gebührt.

In den kommenden Jahren werden wir die Versäumnisse von Rot-Grün schrittweise aufarbeiten und neue Impulse für unsere Berufskollegs setzen. Der Haushalt 2018 ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, liebe Kollegin, und herzlichen Glückwunsch zur Jungfernrede! – Meine Damen und Herren, damit haben wir das Ende der Rednerliste erreicht. Wir sind also am Schluss der Aussprache. Da es nach 14 Uhr ist, können wir auch zur Abstimmung kommen.

Ich lasse zunächst über den Einzelplan 05 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1505, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer ihm so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und die fraktionslosen Kollegen. Damit ist der **Einzelplan 05** gleichwohl **in zweiter Lesung** mit der Mehrheit von CDU und FDP **angenommen**.

Nun holen wir die Abstimmung zum Einzelplan 07 – er betrifft das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration – nach.

Ich lasse erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/1549** abstimmen. Wer diesem Antrag der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD. Wer ist dagegen? – Die CDU, die FDP und die fraktionslosen Kollegen. Wer enthält sich? – Die Grünen und die AfD. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Ich lasse zweitens über den Einzelplan 07 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1507, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 07 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und die fraktionslosen Kollegen. Damit ist der **Einzelplan 07** gleichwohl **in zweiter Lesung** mit den Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Dann hole ich die Abstimmung zum Einzelplan 09 – er betrifft das Ministerium für Verkehr – nach.

Ich lasse erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/1546** abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der AfD zu? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Das sind die drei fraktionslosen Kollegen. Damit ist der Änderungsantrag mit den entsprechenden Stimmen **abgelehnt**.

Ich darf zweitens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/1550** abstimmen lassen. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, AfD und die fraktionslosen Kollegen. Wer enthält sich? – Das sind die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich lasse drittens über den Einzelplan 09 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1509, den Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer dem so folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und die fraktionslosen Kollegen. Damit ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung** **angenommen**.

Damit haben wir die nachzuholenden Abstimmungen durchgeführt.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

- a) Arbeit**
- b) Soziales**
- c) Gesundheit**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1511

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1551

Wir beginnen mit dem Bereich

a) Arbeit

Dazu eröffne ich die Aussprache und erteile für die SPD Herrn Kollegen Neumann das Wort.

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Minuten haben Beschäftigte von Air Berlin vor dem Landtag demonstriert, weil sie sich von der Politik im Stich gelassen fühlen, insbesondere in der Frage einer Transfergesellschaft, wie sie im Land Berlin möglich war und in Nordrhein-Westfalen leider nicht umgesetzt wurde.

Wir haben heute früh versucht, das Thema „Stahlgipfel“ und die allgemeine Situation nicht nur der Stahlarbeiter, sondern auch derjenigen, die aktuell im Land Nordrhein-Westfalen um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen, auf die Tagesordnung zu setzen. Das hat die Mitte-rechts-Koalition abgelehnt. Dabei geht es, wie gesagt, nicht nur um die Debatte über Stahl, sondern auch um den Abbau bei Siemens und vielen anderen. Es wäre kurz vor Weihnachten ein gutes Zeichen gewesen, wenn wir am heutigen Tage zu diesem Thema hätten Stellung nehmen und klare Position im Sinne der Beschäftigten beziehen können.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Eine Koalition, in deren Koalitionsvertrag sich zum Thema „Arbeit, Gesundheit und Soziales“ außer vielen leeren Seiten nicht allzu viel wiederfindet, hat zu diesem Thema natürlich nicht viel zu sagen und wird sich dazu sicherlich auch nicht äußern wollen. Das zeigt sie durch ihr striktes Handeln ganz deutlich, wie wir auch heute früh gesehen haben.

Wenn man draußen das Wetter mit dem Nebel und dem Regen sieht und daran denkt, dass wir drei Tage vor Heiligabend stehen, kann man nur sagen: Diese Koalition fängt in der Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik dort an, wo sie 2010 aufgehört hat, nämlich mit dem Mantra „Privat vor Staat“

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

und der Politik der sozialen Kälte nach dem Motto: Wir stärken die Starken und schwächen die Schwachen.

Davon zeugt auch der Entwurf für den Haushaltsplan des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales. In überwiegenden Teilen verändert er sich kaum. Da, wo er sich verändert, wird gespart oder gekürzt, oder man kann nicht ersehen, was daraus wird. Das ist die Strategie dabei.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Minister Laumann, bei den zentralen sozialpolitischen Themen der letzten Wochen, die in diesem Land eine Rolle gespielt haben – ich erwähne das Sozialticket, die Debatte um den sozialen Arbeitsmarkt und andere Diskussionen, insbesondere zur Wohnungspolitik und zur Förderung der Barrierefreiheit –, hätten wir uns schon gewünscht, dass der Minister, von dem man gesagt hat, er sei das soziale Gesicht dieser Landesregierung, auch sichtbar gewesen wäre. Wir haben Sie da nicht gesehen.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt basiert auf Rekordsteuereinnahmen und gleichzeitig auch auf Streichungen in Politikfeldern, die die Menschen in unserem Land massiv betreffen werden. Ich will zuerst auf einige kleine Themen in der Arbeitsmarktpolitik eingehen.

Der Baransatz der Mittel für den sozialen Arbeitsmarkt wird um 10 Millionen € gekürzt. Das ist vielleicht erst einmal nicht dramatisch. Aber wenn eine Regierung ankündigt, sie wolle einen Passiv-Aktiv-Transfer zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen durchführen, muss sie sich die Frage stellen lassen, warum sich das im Haushalt dieses Landes nicht wiederfindet. Dafür sind nämlich keine Ansätze vorgesehen.

(Beifall von der SPD)

Der Minister hat in vielen Interviews der letzten Tage angekündigt, dass der Arbeitsschutz in Nordrhein-Westfalen hart durchgreifen wird, insbesondere bei Paketdiensten und Arbeitsbedingungen, die in dieser Branche nicht tragbar sind. Schauen wir uns den Haushaltsansatz an, stellen wir dazu ein Nullbudget fest. Für die Arbeitsschutzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen ist im Haushalt keine einzige neue Stelle vorgesehen.

(Nadja Lüders [SPD]: Ach, schau an! – Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Man fragt sich: Womit soll denn alles das passieren, was da angekündigt wird?

(Nadja Lüders [SPD]: Es weihnachtet sehr!)

– Es weihnachtet nicht nur sehr, sondern man kann auch den Eindruck gewinnen, dass nach außen viel gepoltet, nach innen aber wenig gemacht wird.

(Beifall von der SPD)

In der Arbeitsmarktpolitik gibt es auch einige Aspekte, die natürlich erfreulich sind – insbesondere die Tatsache, dass wir einen Arbeitsmarkt haben, der sich positiv entwickelt und auf dem Menschen mehr Arbeit haben. Es gibt aber Gruppen, die davon nicht profitieren. Dazu gehören zum einen Menschen mit Behinderung und zum anderen Langzeitarbeitslose.

Was Menschen mit Behinderung angeht, hätten wir uns natürlich gewünscht, dass sich dazu ein zusätzlicher arbeitsmarktpolitischer Ansatz im Haushalt wiederfindet. Aber auch dazu gibt es nichts. Wir sehen dort die vorhandenen Ansätze, die es schon bei Rot-Grün gegeben hat, finden aber nichts, was als Kreativität oder Konzept sichtbar wäre, von dem man sagen könnte: Da wird der Versuch unternommen, insbesondere den benachteiligten Gruppen im Arbeitsmarkt auf irgendeine Art und Weise zu helfen.

Herr Laumann, wer für sich einmal in Anspruch genommen hat, dass Behindertenpolitik die Königin aller Politiken sei, muss sich die Frage stellen lassen, wie man in dieser Frage als Tiger starten und dann beim Haushalt als Bettvorleger landen kann.

Ausgerechnet dieses Ministerium ist das einzige Ministerium – das könnte man eigentlich loben –, in dem Stellen gestrichen werden, während in allen anderen Bereichen Stellen aufgebaut werden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wo werden Stellen gestrichen?)

Insofern ist in diesem Haushalt zum Thema „Arbeitsmarkt und Arbeit in Nordrhein-Westfalen“ wenig enthalten, was von Konzept, Strategie und Zukunftsperspektive zeugt.

Wir werden an dieser Stelle auch in den nächsten Monaten die Finger in die Wunde legen und sagen: Hier erwarten wir eine konzeptionelle Politik im Sinne der benachteiligten Gruppen, die diesen Arbeitsmarkt nicht erreichen.

(Beifall von der SPD und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Das gilt auch für Menschen, die aktuell von massivem Arbeitsplatzabbau bedroht sind. Man kann nicht so tun, als hätte man als Landesregierung damit nichts zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Neumann. – Für die CDU hat der Kollege Schmitz das Wort.

Marco Schmitz (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Neumann, Sie müssen in anderen Ausschüssen gewesen sein als ich; denn das, was Sie eben erzählt haben, hat so nicht stattgefunden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie berichten uns hier gerade von Kürzungen und erklären uns, wir würden nichts für die Behinderten tun. Natürlich machen wir das. Wir tun das nach wie vor weiter. Sie wollen dieses Märchen von der sozialen Kälte aufrechterhalten. Sie laufen da aber einfach falsch. Es ist schlecht von Ihnen, wie Sie es gemacht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt – Sie haben das eben selber gesagt – hat sich im Dezember 2017 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verbessert. Es ist umso erfreulicher, als dass wir neben der geringsten Arbeitslosigkeit auch gleichzeitig die höchste Beschäftigung seit Langem haben. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erreicht einen historischen Höchstwert. Wir haben im Dezember weit über 6,6 Millionen Personen registriert, die in Arbeit sind.

Natürlich ist mir bewusst, dass wir dies der besonders guten Konjunktur zu verdanken haben. Aber die NRW-Koalition hat es sich auf die Fahnen geschrieben, mit einer klugen Politik, einem investitions- und innovationsfreundlichen Klima und dem Abbau von Bürokratie das Wirtschaftswachstum weiter zu fördern. Es ist für eine gute Arbeitsmarktpolitik unabdingbar, diese Politik der NRW-Koalition weiter fortzusetzen.

(Beifall von der CDU)

Aber können wir uns jetzt entspannt zurücklegen? Nein, das werden wir auch nicht können. Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass es am Arbeitsmarkt der vergangenen Jahre auch starke Warnsignale in NRW gegeben hat. Gerade im Bereich der Arbeitsmarktpolitik haben wir zwei große Herausforderungen, um die wir uns in den nächsten Jahren besonders kümmern müssen.

Zum einen betrifft das den Bereich der Integration von arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen und zum anderen den Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. NRW verschenkt in diesem Bereich zu viele Potenziale – noch. Wenn wir diese Potenziale bei Menschen, die schon länger arbeitslos sind, nicht abrufen, und auch der Ausbildungsmarkt nicht richtig Fahrt aufnimmt, werden wir kaum einen das Wirtschaftswachstum gefährdenden Fachkräfteengpass vermeiden können. Deshalb müssen wir jetzt, da sich der Arbeitsmarkt im konjunkturellen Aufschwung befindet, in die Menschen investieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Etat, der dem Ministerium für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung steht, ist zum großen Teil als gesetzliche Aufgabe festgelegt.

Im Bereich der freiwilligen Förderung wird das Budget etatmäßig nahezu unverändert fortgeschrieben, was Sie eben wieder bezweifelt haben. Aber gerade diesen Bereich der freiwilligen Förderung werden wir uns natürlich anschauen und inhaltlich nachsteuern.

Eine wichtige Position nimmt dabei das Budget für die Modellprojekte zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit in Dortmund, Duisburg, Essen und Gelsenkirchen ein. Die NRW-Koalition will diese Projekte unter einer angepassten Ausrichtung fortsetzen. Das Hauptaugenmerk legen wir dabei auf den Innovationsgehalt und die Nachhaltigkeit der Modelle. Es sollen hier echte Modellprojekte implementiert werden, die nah am ersten Arbeitsmarkt sind, und es soll sich nicht um ABM-de-luxe-Varianten handeln.

Die Langzeitarbeitslosen müssen zusammen mit der Belegschaft arbeiten, um echte Erfahrungen auf dem ersten Arbeitsmarkt machen zu können. Menschen ohne berufliche Ausbildung können mit Qualifizierungen zu leistungsfähigeren Fachkräften werden. Schließlich können auch junge Menschen mit nicht ganz so guten Noten durch die richtige Förderung zum begehrten Fachkräftenachwuchs aufsteigen. Es kommt darauf an, ihnen eine Chance im Betrieb oder Unternehmen zu geben.

Insgesamt sind daher rund 32 Millionen € für die Integration junger Menschen in Ausbildung und Arbeit vorgesehen. Daraus werden wir unter anderem die „Kooperative Ausbildung an Kohlestandorten“ für sehr stark benachteiligte Jugendliche finanzieren. Weiterhin stehen aus diesem Budget auch 100 Ausbildungsplätze für schwerbehinderte Jugendliche zur Verfügung. Weitere 2 Millionen € werden wir in die Teilqualifizierung stecken.

Mit einer wesentlich höheren Summe von 14 Millionen € werden wir das Werkstattjahr wieder implementieren. Die dafür notwendigen Mittel sollen aus dem Etat der Produktionsschule kommen, bei der wir zuletzt eine Abbruchquote von rund 60 % hatten und die wir in diesem Jahr auslaufen lassen werden.

Auch den Bildungsscheck werden wir aufwerten, um vor allem auf die zukünftigen Herausforderungen der Digitalisierung einzugehen. Dafür werden wir die Nutzungskriterien ändern, um ihn einer größeren Zielgruppe zugänglich zu machen, sodass mehr Menschen von diesem Angebot profitieren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushaltsentwurf ist die NRW-Koalition gut für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik aufgestellt. Ich bin mir sicher,

dass wir mit den geplanten Maßnahmen die Arbeitslosigkeit in unserem Land weiter senken, in Kooperation mit den Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Wirtschaft weiter stärken und unser Land weiter nach vorne bringen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die Grünen erteile ich nun Herrn Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war vorhin ähnlich wie Kollege Hübner draußen vor dem Landtag. Dort haben einige Hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Air Berlin demonstriert.

(Daniel Sieveke [CDU]: Einige Hundert?)

– Machen Sie sich nur lustig, Herr Sieveke.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ich habe mich nicht lustig gemacht!)

Es geht bei diesen Menschen ganz konkret darum, dass sie ihren Arbeitsplatz in einer Art und Weise verloren haben, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ihresgleichen sucht. Deswegen müssen wir uns um diese Menschen auch kümmern und deren Anliegen in der Politik sehr deutlich machen. Daher war es nicht in Ordnung, dass wir heute nicht darüber reden konnten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will Ihnen diesen Vorgang, weil er wirklich beeindruckend ist – im negativen Sinne –, einmal schildern – nur in ganz kurzen Zügen –: Wir haben in Deutschland ein gut funktionierendes Insolvenzrecht. Dieses Insolvenzrecht wurde durch einen Kredit der Bundesregierung und durch verschiedene andere Maßnahmen schlicht umgangen. So ist es den Beschäftigten nicht möglich gewesen, einen Betriebsübergang vorzunehmen.

Das führt dazu, dass alle Tochterunternehmen filetiert werden und die Beschäftigten sich jetzt auf ihre eigenen Arbeitsplätze mit minderem Gehalt und in neuen Strukturen bewerben sollen.

Das ist Manchester-Kapitalismus, und das müssen wir verhindern. Das darf in Deutschland so nicht mehr vorkommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass es weitere Unternehmen gibt, bei denen man sich fragt: Was ist denn da los? Ich nenne nur General Electric. Ich habe mir das Unternehmen – freundlicherweise auf Einladung des Betriebsrates – angucken können.

Die haben volle Auftragsbücher. Es ist ein modernisiertes Unternehmen. Sie haben 400 Beschäftigte, von denen über 20 Leute schwerbehindert sind, die aber trotzdem qualifizierter Arbeit nachgehen. Solche hervorragenden Unternehmen sollen geschlossen werden, weil aufgrund einer Unternehmensentscheidung in Amerika 20 % Rendite nicht ausreichen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, können wir doch nicht tatenlos hinnehmen. Da müssen wir uns wehren und dafür sorgen, dass diese Menschen eine berufliche Perspektive haben. Das sind wir den Menschen in Nordrhein-Westfalen doch schuldig.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf)

– Was möchte ich?

(Zuruf)

Das wäre Anlass genug gewesen, Herr Arbeitsminister Laumann, sich sehr vehement in diese Debatte einzumischen, und zwar nicht nur verbal, sondern mit konkreter Hilfestellung vor Ort, indem man mit den Beschäftigten spricht, Lösungsmöglichkeiten ausarbeitet, möglicherweise Berater – das lässt das Betriebsverfassungsgesetz alles zu – hinzuholt und Lösungswege aufbaut. Das alles ist nicht geschehen. Das finde ich außerordentlich schade.

Es ist auch schade, in welcher Weise heute Morgen die Aktuelle Stunde abgelehnt wurde, als Herr Kollege Höne sich zu der Aussage verstieg, die FDP-Fraktion oder die Landesregierung bräuchte keine Nachhilfe in Sachen Arbeitsmarktpolitik. Wir hätten doch hier im Landtag darüber diskutieren können, ob wir das richtig finden oder nicht. Aber die Debatte wegzuschießen, weil sie es nicht wert ist, geführt zu werden, das finde ich schon skandalös.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Ich möchte jetzt noch zu zwei Punkten kommen, die wir hier im Landtag diskutiert haben. Es geht einmal – der Kollege von der CDU hat es eben angesprochen – um den sozialen Arbeitsmarkt und dann um die Schwerpunktsetzung auf den ersten Arbeitsmarkt.

Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Koalition erkannt hat, dass der Passiv-Aktiv-Transfer ein vernünftiges Arbeitsmarktinstrument ist. Das ist eine vernünftige Positionierung. Allerdings heißt es in demselben Antrag, dass sich das nur an die Bundesregierung richtet; in Nordrhein-Westfalen könne man da nichts tun. Das halte ich für grundfalsch.

Die meisten Integrationsunternehmen sind in Nordrhein-Westfalen. Über ein Drittel der in Deutschland in Integrationsunternehmen Beschäftigten kommt

aus Nordrhein-Westfalen. Das sind doch Belege dafür, dass wir es erstens können und dass es zweitens gute Instrumente gibt, um Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, Hilfen und auch einen direkten Anschluss an den Arbeitsmarkt zu geben.

Ihre fast schon übermäßig vorhandene Fixierung auf den ersten Arbeitsmarkt ohne weitere Hilfen ist doch falsch. Das wissen Sie doch. Sie haben es in der Debatte ja auch gesagt. Wir müssen unsere Hausaufgaben in Nordrhein-Westfalen machen und da tätig werden.

Letzter Punkt in diesem Segment: Eine Menge geflüchteter Menschen, die in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, haben jetzt viele Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere Deutschkurse, hinter sich gebracht und mit B2 gute Chancen, eine qualifizierte Ausbildung zu beginnen. Darauf müssen wir uns auch einstellen.

Deswegen wäre mein Petition an die Landesregierung – wir werden das auch entsprechend hinterlegen –, dort weitere Maßnahmen in Angriff zu nehmen, beispielsweise im Bereich der Altenpflege vorhandene Programme aufzustocken und weiterzuführen, oder auch passgenaue Maßnahmen für Geflüchtete anzubieten, weil das der größte Kreis ist, nicht weil es eine Sonderbehandlung sein soll. Wir müssen selbstverständlich im Bereich ESF – das ist ja auch hinterlegt – weitere Programme für andere, die hier sind, anbieten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister Laumann, ich fand schon, dass Sie in den letzten Wochen bei einigen Punkten gefehlt haben bzw. sich leider nicht zu Wort gemeldet haben. Im Hinblick auf das Sozialticket, bei dem es darum ging, mehreren Hunderttausend Menschen in Nordrhein-Westfalen Mobilität zu ermöglichen, bedurfte es eines Shitstorms der ganzen Bevölkerung, um die Landesregierung von diesem irrsinnigen Vorhaben abzubringen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch nicht wahr! – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

– Ich habe Sie an keiner Stelle gehört, als es beim Thema „Landesbauordnung“ um die Rechte von behinderten Menschen ging. Selbst den Vorwurf, man würde den Bedarf nicht ermitteln können, kontern Sie nicht, indem Sie sagen: Wir wollen eine vernünftige soziale Stadtentwicklung haben. – Sie fehlen da, Herr Minister. Sie müssen sich dort einbringen, indem Sie diesem – aus meiner Sicht – falschen Kurs der Landesregierung entgegentreten und für eine soziale Stadtentwicklung eintreten.

Wir werden uns sicherlich bei den weiteren Punkten noch intensiver darüber unterhalten. Herr Minister, werden Sie an dieser Stelle Ihrer Verantwortung gerecht, mischen Sie sich in die Debatte ein und ducken sich nicht weg, und zwar nicht nur an den Punkten,

an denen es schön ist, sondern auch da, wo es schwierig ist.

(Beifall von der SPD und Katharina Gebauer [CDU])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Jetzt hat für die FDP der Kollege Lenzen das Wort.

Stefan Lenzen (FDP): Verehrter Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, zumindest in einem Punkt sind wir uns doch einig: in der Freude über den noch immer anhaltenden Boom auf dem Arbeitsmarkt. Die aktuellen Zahlen haben wir diese Woche erhalten. Wir hatten in NRW im Jahresdurchschnitt 23.000 Arbeitslose weniger. Entsprechend sank auch die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte.

Genau diese Entwicklung möchte die NRW-Koalition weiter antreiben. Entsprechend setzen wir auch die Schwerpunkte und wollen bei unserer Politik darauf achten, gerade Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Auch wenn Sie das vielleicht mehr oder minder meiden wie der Teufel das Weihwasser, sehen wir zum Beispiel in den Entfesselungspaketen – das hat ja unser Wirtschaftsminister Professor Dr. Pinkwart am Dienstag noch einmal ausgeführt – einen zusätzlichen Aspekt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nämlich beim Thema „Gründungen“.

Gerade wenn es um Neugründungen geht, können die Leistungen aus den Arbeitsagenturen in einer schwierigen Startphase als eine wichtige Unterstützung dienen. So wollen wir die Bewilligungsverfahren bei den Agenturen vereinfachen, einen Leitfaden für Gründer herausgeben und entsprechend auch die Zusammenarbeit der Regionaldirektionen in der Gründungsförderung verbessern.

Klar, die Warnsignale erkennen auch wir in der NRW-Koalition, gerade was den Ausbildungsmarkt und die Langzeitarbeitslosigkeit angeht. Auch wir konnten beobachten, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, gemessen am Tiefststand, nur leicht gestiegen ist. Auch wir erkennen Passungsprobleme im Hinblick auf Berufswahl, Qualifikationen und gerade die regionale Verteilung und werden diese angehen.

Dazu werden wir in einem ersten Schritt – das ist nötig – den damals geschlossenen Ausbildungskonsens wieder reanimieren müssen.

So müssen wir die Instrumente aus dem Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ hinsichtlich der Berufsorientierung praxistauglicher gestalten.

Wir werden verstärkt auf Weiterbildung und Qualifizierung setzen. Dazu werden wir gezielter die Mittel des Europäischen Sozialfonds einsetzen.

Für uns ist auch wichtig, dass wir uns entsprechender Hilfe von modularen Ausbildungen und Teilzeitausbildung bedienen. So werden wir im Bereich der Weiterbildung die Bildungschecks ausweiten. Wir wollen mehr Menschen eine Perspektive im Bereich der Qualifizierung geben.

(Beifall von der FDP)

Auch unser Aufstiegsversprechen bleibt bestehen, gerade in einer sozialen Marktwirtschaft.

Die Chancen auf Teilhabe an Arbeit halten wir für unverzichtbar. Das müssen wir ermöglichen, gerade was die Langzeitarbeitslosigkeit angeht. Unbestritten ist: Auch wenn der Wert leicht gesunken ist, sind es immer noch rund 290.000 Menschen, ein wirklich verfestigter Kern von Langzeitarbeitslosen. Es bleibt unser Ziel, auch wenn Sie es nicht hören wollen: Wir wollen diese Menschen immer zuallererst in den ersten Arbeitsmarkt integrieren.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

So gilt auch bei multiplen Vermittlungshemmnissen immer eine marktnahe Förderung. Das kann man noch einmal klarstellen, auch in der Debatte um den Passiv-Aktiv-Transfer.

Wir wollen keinen auf Dauer angelegten sozialen Arbeitsmarkt fern von jeglicher Realität betrieblicher Abläufe, eben nicht das, was Sie darunter verstehen. Das ist für uns nichts anderes als eine Arbeitsmarktpolitik von vorgestern. Es führt in eine Sackgasse. Dort wollen wir die Menschen eben nicht hineingleiten lassen, sondern richten den Fokus immer wieder auf den ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall von der FDP)

Ich versuche es jetzt zum dritten Mal, Herr Kollege Neumann: Sie sprechen immer von Kürzungen; auch Kollege Schmitz hat es wieder getan. Wir haben schon mehrfach versucht, es Ihnen zu erklären. Gerade wenn wir von den Modellprojekten sprechen, sage ich: Schauen Sie in den Haushalt, in die mittelfristige Finanzplanung. Dort finden Sie unverändert Mittel in Höhe von 43 Millionen € vor. Das heißt, dort haben keine Kürzungen stattgefunden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Aber da bleiben Sie genauso beratungsresistent wie bei folgendem Thema: Sie suchen im Landeshaushalt verzweifelt eine Haushaltsstelle für den Passiv-Aktiv-Transfer. Ich bin ja neu, und Sie sind der erfahrene Landespolitiker. Aber ich habe mich bei unseren Haushaltspolitikern informiert.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Oh, gut!)

Ich kann mir einfach nicht vorstellen, wie Sie einen Haushaltstitel für eine Rechtsgrundlage einstellen wollen, die wir erst noch auf Bundesebene ändern müssen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Nichtsdestotrotz freuen wir uns auf die weiteren Debatten im Ausschuss. Ebenso haben wir noch eine Anhörung zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit vor uns.

Wie gesagt, wir wollen den Menschen die Chance auf den ersten Arbeitsmarkt nicht verwehren. Wir, die NRW-Koalition, setzen die richtigen Akzente. Dementsprechend werden wir dem Einzelplan 11 insgesamt, aber auch dem Bereich Arbeit und Qualifizierung zustimmen und freuen uns auf die weitere Debatte. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die AfD hat nun Frau Dworeck-Danielowski das Wort. Bitte sehr.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin immer noch ganz angetan von dem Redebeitrag der Grünen. Dass Sie jetzt Ihr Herz für den Arbeitskampf entdecken, wirkt nicht sehr authentisch. Erst war es die Stahlindustrie, jetzt sind es die Fluggesellschaften. Das Problem ist: Die Fluggesellschaften können nicht nur Menschen beschäftigen, sondern anschließend müssen die Flugzeuge auch noch fliegen.

(Heiterkeit von der AfD – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Dass Sie sich dafür so engagieren, kann ich mir kaum vorstellen.

Zurück zum eigentlichen Thema:

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Eigentlich sollte eine Haushaltsdebatte Transparenz darüber schaffen, wohin die Regierung steuern wird. Besonders spannend ist das, wenn es eine neue Regierung ist. Umso interessanter ist der Verlauf dieser Haushaltsdebatte.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann – Marc Herter [SPD]: Sie haben gesehen, wer da redet!)

Dass die Weichenstellungen, die im Etat eines Landes überhaupt möglich sind, doch sehr begrenzt sind, das hatte ich schon befürchtet. Allerdings muss ich sagen: Die Zielsetzungen und der Verlauf der Diskursziele der Parteien, die schon länger hier sitzen, übertreffen meine Befürchtungen deutlich.

Insbesondere in den bisherigen Debattenbeiträgen der Fraktionen von Grünen und SPD – egal, ob jetzt hier oder auch schon vorher in den Ausschüssen – wurde zum Haushaltsentwurf letztlich immer wieder ein und dasselbe vorgeworfen, nämlich dass man es wagt, nicht zu 100 % den ideologischen Leitvorstellungen der Vorgängerregierung zu folgen.

Die Argumentation ist insofern schon erstaunlich. Sie verbinden eigentlich sämtliche Debattenbeiträge nahezu zwanghaft mit der Heiligsprechung Ihrer eigenen Fehlleistungen.

Ich würde am liebsten folgendes Experiment mit Ihnen machen, nämlich auf die Straße gehen und fragen, welche heroischen Projekte der letzten sieben Jahre der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen in Erinnerung geblieben sind. Ich vermute, das Ergebnis dieser Befragung würde vielleicht dazu beitragen, dass Sie langsam, aber sicher von Ihrem hohen Ross herunterkommen. Denn ich glaube, ehrlich gesagt, es waren für die meisten doch eher sieben magerere Jahre.

(Beifall von der AfD)

Am Ende dieser sieben mageren Jahre wollen Sie sich auch noch mit fremden Lorbeeren schmücken. Die guten Zahlen auf dem Arbeitsmarkt sind sicher nicht das Ergebnis Ihrer Arbeitsmarktpolitik, sondern allein der guten Konjunktur im deutschen und europäischen Wirtschaftsraum zu verdanken.

(Lachen von Rainer Schmeltzer [SPD])

Aber jetzt wird es besonders absurd: Sie rühmen sich also mit der guten Wirtschaftslage und fordern in der Rolle der Opposition allen Ernstes einen sozialen Arbeitsmarkt.

(Marc Herter [SPD]: Besonders absurd!)

Der soziale Arbeitsmarkt ist nichts anderes als ein mit sozialen Zielen verbrämter Pseudoarbeitsmarkt, ein weiteres Festhalten von Langzeitarbeitslosen in frustrierenden „Als-ob-Tätigkeiten“, anstatt ihnen endlich Auswege in den ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Das ist nichts anderes als betreutes Arbeiten, quasi eine Art Methadon für Menschen, die unter dem Verlust ihrer sinnvollen, befriedigenden und schöpferischen Arbeit leiden. Oder anders gesagt: Lieber Dauerpatienten zum Nutzen der Betreuungsindustrie, der Wohlfahrtsindustrie zu züchten, als das Ziel der Genesung in Angriff zu nehmen.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, Sie können es sich sicherlich denken: Wir von der AfD sind in dieser Frage näher bei der Regierung und ihrem Ansatz, ganz klar den Wiedereinstieg in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt zu fokussieren.

Gern mache ich als Neuling das persönliche Eingeständnis: Es war mir nicht bewusst, in welchem Maße insbesondere im Ministerium von Herrn Laumann die Ausgaben des Haushaltes durch Leistungsgesetze beschränkt sind – Stichwort „Hartz IV“ –, das heißt wie gering die Mittel sind, die der Politik zur tatsächlichen Gestaltung zur Verfügung stehen. Das ist in diesem Haushalt gerade einmal ein Sechstel.

Umso mehr war ich verblüfft, dass wir bisher nichts darüber erfahren haben, wofür der Löwenanteil der von der EU bereitgestellten Mittel, die vom Land in dreistelliger Millionenhöhe kofinanziert werden, verwendet und verausgabt wird. Aber das kann man später noch in Erfahrung bringen.

Ein persönliches Wort an Sie, Herr Minister Laumann, sei mir gestattet: Ich habe den Eindruck – und auch meine Kollegen aus der Fraktion –, dass Sie für Geradlinigkeit, Fachlichkeit und Gestaltung von unideologischer Sachpolitik stehen. In diesem Sinne könnten die kommenden Jahre zumindest vonseiten der AfD-Fraktion um der Sache willen ein gedeihliches Miteinander werden.

(Zuruf von der SPD: Ein Lob!)

Wir stellen allerdings auch fest: Der vorliegende Haushalt trägt im Bereich der Arbeitsmarktpolitik lediglich in Ansätzen eine neue Handschrift und noch in vielerlei Hinsicht das Geerbe aus grün-roten Zeiten mit sich. Aus diesem Grund werden wir dem Einzelplan nicht zustimmen. Aber das ist als Oppositionspartei auch nicht unsere Aufgabe. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich muss man den Haushalt für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Einzelplan 11, in einem Zusammenhang sehen. Die NRW-Koalition hat ein starkes Arbeits-, Gesundheits- und Sozialministerium in diesem Land gegründet,

(Beifall von der CDU)

weil man die Politik nicht aufteilen kann, wie wir es hier in der Debatte tun: Jetzt reden wir über den Arbeitsmarkt, gleich reden wir über Soziales und danach über Gesundheit. So funktioniert Sozialpolitik, die gut ist, nicht. Sozialpolitik, die gut ist, sieht den Menschen ganzheitlich.

(Beifall von der CDU)

Sozialpolitik, die gut ist, kümmert sich um die Menschen, die ein Problem haben. Es geht nicht darum, wo sie das Problem haben, sondern darum, dass der Mensch ganzheitlich gesehen wird. Deswegen war es der kapitalste Fehler in Ihrer Regierungszeit, dass Sie das Sozialministerium zerschlagen haben. – Erster Punkt.

(Beifall von der CDU)

Zweiter Punkt: Für eine solche Politik – das gebe ich zu – sind die finanziellen Mittel immer begrenzt. Dann muss man sie für diejenigen Gruppen in der Gesellschaft ausgeben, für die man Prioritäten setzen will.

Ich möchte Ihnen sagen, wo wir in der Arbeitsmarktpolitik eine große Priorität setzen: Wir nehmen die Menschen, die heute in Arbeit sind, mit bei den großen Veränderungen in der Arbeitswelt, die mit der Digitalisierung zusammenhängen. Deswegen wird die Landesregierung den Bildungsscheck von Nordrhein-Westfalen wieder nach oben fahren. Sie hatten ihn auf 3 Millionen € pro Jahr heruntergefahren. Wir werden jedes Jahr 5 Millionen € für den Bildungsscheck zur Verfügung stellen, sodass wir in einigen Jahren wieder bei 20 Millionen € sind. Damit helfen wir jetzigen Belegschaften, zu lernen, um auch morgen noch Arbeit zu haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der AfD)

Dritter Punkt: Wir werden uns auch um die Schwachen kümmern. Ich habe ohne mit der Wimper zu zucken bei den Haushaltsberatungen durchgesetzt – auch in den Gesprächen mit dem Finanzminister –, dass in dieser Wahlperiode 48 Millionen € für die Schulsozialarbeit – und damit für 1.000 Stellen in dem Bereich – gesichert sind, und zwar nachhaltig, über die Wahlperiode hinaus.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Warum hat der Arbeitsminister das gemacht? Weil ich die Schulsozialarbeit brauche, damit sie auch die Kinder, die sich in den Schulen nicht so entwickeln, wie man es sich erhofft, ein Stück weit an die Hand nehmen bei der Frage, was sie nach der Schule machen. Damit ist die Schulsozialarbeit ein ganz konkreter Bestandteil des Übergangssystems von der Schule in die Berufstätigkeit.

Wenn wir die Schulsozialarbeit von der Bürokratie entlastet haben, werden wir die 1.000 Stellen mehr einsetzen, um den Kindern bei der Berufsorientierung zu helfen, damit sie eine Lehrstelle finden, einen Gesellenbrief bekommen und eigenständige Menschen in diesem Land werden. Das kann überhaupt keine verkehrte Politik sein. Das ist eine richtige Politik.

(Beifall von der CDU und Markus Wagner
[AfD])

Wir werden ein Weiteres machen: Wir werden für die Schwachen wieder das Werkstattjahr ins Leben rufen. Wie konnte man auf die Idee kommen, für die Schwachen eine Produktionsschule zu entwickeln? Kinder, für die neun Jahre, zehn Jahre Schule nicht der Hit waren, schickt man wieder in eine neue Schule. Nein, bei Laumann gibt es ein Werkstattjahr, und die Leute werden auf die Ausbildung vorbereitet. Das ist zukunftsgerichtete Politik.

(Beifall von der CDU und der AfD – Zurufe von der SPD)

Wir wissen, dass wir in diesem Land ein Problem bei den Lehrstellen haben. Wir haben aber vor allen Dingen ein Problem mit denjenigen, die noch nicht ausbildungsfähig sind. Deswegen wird ein Bestandteil meiner Politik sein – zusammen mit dem Ausbildungskonsens –, für diejenigen wieder Ausbildungsprogramme aufzulegen, und zwar nicht Programme für drei Wochen, sondern für drei Jahre, an deren Ende ein Gesellenbrief steht. Das ist die Politik, die diese Regierung macht und die sie auszeichnen wird.

(Beifall von der CDU, der FDP und Markus Wagner [AfD] – Zurufe von der SPD)

Jetzt komme ich auf die Vorwürfe zu sprechen, die hier vorgetragen wurden. Was erwarten Sie eigentlich von einem Sozialminister? Ich finde nicht, dass es mein Job ist, die eigene Regierung zu kritisieren.

(Zuruf von der SPD: Wenn das notwendig ist!)

Aber wenn eine falsche Entscheidung wie beim Sozialticket nach zwei Tagen wieder abgeräumt wird, dann kann man doch feststellen: Das ist zumindest eine Politik, die in der Lage war, Probleme zu erkennen. Sie hätten das doch durchgezogen. Sie sind abgewählt worden, weil Sie gar nicht mehr gesehen haben, was im Land gelaufen ist.

(Zuruf von der CDU: Jawohl! – Beifall von der CDU, der FDP und der AfD – Zurufe von der SPD)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen: Wie ist es denn bei der Bauordnung? In der Bauordnung, die Frau Scharrenbach gestern vorgelegt hat, ist die Barrierefreiheit ein universales Gestaltungsprinzip. Bei allen Häusern, die mehr als zwei Wohnungen haben, ist die Barrierefreiheit damit Grundsatz des Bauens in Nordrhein-Westfalen. Mir sind viele barrierefreie Wohnungen lieber als eine R-Quote, die so teuer ist, dass sie am Ende kein Rollstuhlfahrer bezahlen kann. Wir haben schlicht und ergreifend ganz praktische Politik gemacht. Die hat auch mit dem Ministerium, das ich führe, zu tun.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nehmen wir das nächste Beispiel, Ihre Vorwürfe bezogen auf die Transfergesellschaft bei Air Berlin: Natürlich sind wir da in Gesprächen gewesen. Wissen

Sie, dass sich Lufthansa und Air Berlin geweigert haben, die Remanenzkosten bei einer Transfergesellschaft zu übernehmen? Wir hätten die Transfergesellschaft machen können, wenn wir die Remanenzkosten übernommen hätten. Aber wenn ich die Remanenzkosten bei einem Unternehmen übernehme, dann ist die gesamte Finanzierung von Transfergesellschaften in Deutschland kaputt. Deswegen darf der Arbeitsminister in einer solchen Frage vor Lufthansa und anderen Leuten nicht in die Knie gehen, sondern er muss sagen: Transfergesellschaften gibt es dann, wenn die Remanenzkosten übernommen werden.

Deshalb lag ich in dieser Frage der Politik voll auf der Linie, die alle meine Vorgänger in diesem Land bisher bei Transfergesellschaften aus guten Gründen eingehalten haben. Wie wollen wir dem Mittelständler sagen, wenn er Personal abbaut, dass er die Remanenzkosten aufbringen muss, wenn wir das bei Lufthansa und bei Air Berlin nicht machen? So läuft es nicht! Dieser Arbeitsminister geht nicht vor Konzernen in die Knie, meine Damen und Herren.

(Daniel Sieveke [CDU]: Jawohl!)

Sie können meine Politik kritisieren, aber dieses Land hat mit die beste Sozialpolitik in ganz Deutschland. Dafür werden wir sorgen, und dafür steht die NRW-Koalition.

(Nadja Lüders [SPD]: Das macht mir Angst!)

Schönen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Ich schließe damit die Aussprache zu Teil a) Arbeit.

Ich rufe auf:

b) Soziales

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD hat nochmals Herr Kollege Neumann das Wort.

(Thorsten Schick [CDU]: Zweite Chance!)

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lenzen, die Haushaltsstelle „Modellprojekte sozialer Arbeitsmarkt“ gab es, die habt ihr aber aufgelöst. Wenn man sie auflöst, dann gibt es sie nicht mehr. So einfach ist das.

(Beifall von der SPD – Marc Herter [SPD]: So ist es nämlich!)

Frau Kollegin von der AfD: Menschen, die langzeitarbeitslos sind, brauchen keine Genesung – sie brauchen Arbeitsplätze.

(Beifall von der SPD – Anja Butschkau [SPD]:
Genau!)

Ich glaube, da haben Sie etwas durcheinandergebracht in der Frage, was langzeitarbeitslose Menschen betrifft.

Noch ein Hinweis: Für Hartz IV hat das Land Nordrhein-Westfalen keinen Haushaltsansatz. Dafür sind wir nicht zuständig. – Das aber nur am Rande.

Anhand einiger Punkte möchte ich die Debatte um das aufgreifen, was ich und viele andere im Sozialhaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen nicht nachvollziehen können. Das betrifft zum Beispiel die Kürzung des Fonds für Heimkinder, Herr Minister Laumann. Der Betrag wird nach einem Jahr um 1 Million € gekürzt. – Das ist der eine Punkt.

Ein anderer Punkt, der mir auffällt und den Sie eben auch angesprochen haben, ist die Barrierefreiheit. Dafür haben Sie Frau Scharrenbach noch gefeiert. Das, was die Menschen und insbesondere die Selbst- und Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderung so stört, ist, dass Sie jetzt etwas auf den Weg gebracht haben, was Sie mit keinem von denen besprochen haben. Sie haben niemanden daran beteiligt und jetzt etwas auf den Weg gebracht, wozu Sie sagen: Das ist jetzt so, weil es gut ist und weil wir das so sehen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ja!)

Das ist schlecht. Das ist keine Beteiligung im Sinne dessen, was wir in der Sozialpolitik für benachteiligte Gruppen, insbesondere bei Menschen mit Behinderung, als Beteiligung wollen und was wir darunter verstehen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

– Bitte?

(Daniel Sieveke [CDU]: Danke, weiter!)

Der zweite entscheidende Punkt in der Sozialpolitik des nächsten Jahres wird die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sein. Die Einbringung dazu wird hier noch erfolgen. An diesem Gesetz werden wir sehen, inwiefern Nordrhein-Westfalen das bleibt, was Sie hier für sich in Anspruch nehmen. Und Sie nehmen völlig zu Recht in Anspruch, dass wir in der Sozialpolitik den höchsten Standard haben wollen.

Das Erstaunliche ist, dass sich das in dem Gesetzentwurf, den Sie hier vorgelegt haben, nicht wiederfindet. Sie hätten beispielsweise die Chance gehabt, zu sagen: In der Arbeitsmarktpolitik und im Budget für Arbeit wird Nordrhein-Westfalen wieder den höchsten Standard setzen. Wir werden das, was Hartz IV bewirkt, durchbrechen und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im Sinne des Budgets für Arbeit andere Möglichkeiten schaffen.

Diesen Weg gehen Sie nicht, sondern Sie orientieren sich auch hier letztendlich an den Minimalforderungen des Bundesgesetzes. An dieser Stelle werden wir Sie messen und Sie in den Debatten auf den Weg bringen.

Wenn in den Fragen der Landesbauordnung, der Wohnraumförderung und des Heimkinderfonds – alles Aspekte, die Sie als Sozialminister zumindest mit begleiten und auf den Weg bringen bzw. auch kritisieren müssen – keine Beteiligung der besonderen Gruppen stattfindet, diese Gruppen also keine Möglichkeit haben, ihre eigenen Aspekte zu Selbstbestimmung und Teilhabe einzubringen, dann ist das im Sinne des Sozialen eine schlechte Politik, weil sie Menschen ausgrenzt.

Wir sollten hier gemeinsam einen anderen Weg gehen, und den fordere ich bei Ihnen in diesen sozialpolitischen Fragen ein. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Neumann. – Für die CDU hat die Kollegin Oellers das Wort.

Britta Oellers (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bestätigte im Frühjahr dieses Jahres mit einem deutlichen Ergebnis, dass die rot-grüne Vorgängerregierung an den eigenen Versprechungen und an der Erfüllung der Hoffnung zahlreicher Wählerinnen und Wähler kläglich gescheitert ist.

Innerhalb von zehn Jahren – sieben davon unter Rot-Grün – stieg die Armutsquote in NRW von 14,4 % auf 17,5 %. Natürlich könnte man die Schuld für diesen Negativtrend bei der Bundespolitik suchen. Der Anteil der rot-grünen Landesregierung an diesem Missstand wird aber deutlich, wenn man sich bewusst macht, dass der Zuwachs bei der Armutsquote in NRW dreimal so hoch ist wie im Bundesdurchschnitt.

Mitte des Jahres folgten die nächsten Hiobsbotschaften; denn erst erklärte das Bundesamt für Statistik, dass 59 % der Erwerbslosen und 45,2 % der Alleinerziehenden in NRW besonders armutsgefährdet sind. Dann berichtete das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Oktober, dass die Zahl der gemeldeten Wohnungslosen seit 2011 um fast 60 % auf über 25.000 Menschen gestiegen ist. Davon sind besonders junge Frauen betroffen.

In keinem anderen westdeutschen Flächenland sind die Bürgerinnen und Bürger somit derart gefährdet oder von Armut betroffen wie hier in NRW. Für eine Partei, die Wählerinnen und Wähler mit dem Slogan „Kein Kind zurücklassen“ gewinnen

konnte, muss dies eine ebenso große Enttäuschung sein wie für die Wählerinnen und Wähler, die diese Partei gewählt haben.

Inaktivität und mangelndes Engagement bei der staatlichen Unterstützung von Mitbürgern, die von Armut bedroht oder betroffen sind, kann man der abgewählten rot-grünen Landesregierung nicht vorwerfen. Die zahlreichen Projekte und Programme, die Rot-Grün initiiert hat, zeugen davon.

Dass Ex-Sozialminister Schmelzer der Überzeugung war, da laufe nichts schief, war dennoch ein Schlag ins Gesicht für jeden Menschen, der Ende des Monats auf den Straßen Flaschen sammeln muss, um sich eine warme Mahlzeit leisten zu können.

Das Problem löst man nicht allein dadurch, dass man soziale Sicherungskonzepte erarbeitet und finanzielle Hilfe bereitstellt. Dies hat Rot-Grün jedoch nicht verstanden.

Lösen kann man diese Probleme nur, wenn man sozialstaatliche und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die darauf bedacht sind, vom sozialen Abstieg bedrohte Menschen in Lohn und Brot zu bringen, aufeinander abstimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Boston Consulting Group bescheinigte im April dieses Jahres, dass NRW ein großes ungenutztes wirtschaftliches Potenzial besitzt – Zitat –:

„Wenn das bevölkerungsreichste Bundesland Deutschlands seine Möglichkeiten ausschöpfen würde, wäre mittelfristig ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von mehr als 38 Milliarden Euro zu realisieren.“

Durch die rot-grüne Überregulierung und die Verhinderungspolitik des vorherigen Umweltministers konnte dieses Potenzial jedoch nicht genutzt werden. Im Gegenteil: Die industrielle Produktion und die Investitionsquote gingen sogar deutlich zurück.

Dass die Zahl der von Armut bedrohten Menschen unter diesen Gesichtspunkten sinkt und keine Jobs geschaffen werden können, die diesen Menschen eine finanzielle Absicherung gewähren würden, ist eindeutig. Zum Leidwesen von mindestens 25.000 Menschen, die seit 2010 obdachlos geworden sind, hat Rot-Grün bei der Armutsbekämpfung leider versagt.

(Beifall von der CDU – Norwich Rübe [GRÜNE]: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Problem einer größer werdenden Zahl von Menschen, die von Armut bedroht sind, können wir nur lösen, wenn wir diesen Menschen Chancen auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ermöglichen.

(Heike Gebhard [SPD]: Und Herr Laumann versucht jetzt, sie in den sozialen Arbeitsmarkt zu bringen!? – Minister Karl-Josef Laumann: Das haben wir doch! 1.000 Leute!)

Wir stehen mit dem Haushalt 2018 dafür, sie unabhängig von staatlichen Leistungen zu machen und dennoch Präventionsarbeit sowie Unterstützung anzubieten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch Gewäsch!)

Der nun vorliegende Haushaltsentwurf begreift die Themen Armut, Erwerbslosigkeit und Obdachlosigkeit als Ganzes. Das abgestimmte Ineinandergreifen von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen und Initiativen ist der Plan von CDU und FDP in NRW, der Verarmung und der Wohnungslosigkeit in unserem Bundesland entgegenzutreten. So ist es richtig, dass der Härtefallfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ im selben Umfang ebenso fortgeführt wird wie das Aktionsprogramm „Hilfen in Wohnungsnotfällen“ zur Prävention und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit.

Im Sinne der Inklusion ist darüber hinaus ebenso wichtig, die bewährten Förderprogramme und vielseitigen Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung in ungekürztem Umfang fortzusetzen – dies vor dem Hintergrund, dass CDU und FDP gleichzeitig daran arbeiten werden, Arbeitsplätze zu schaffen und keine neuen Schulden zulasten zukünftiger Generationen anzuhäufen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Unterstützen möchte ich besonders den Änderungsantrag zur Finanzierung von Kältebussen, welche in vielen Städten Decken, Kleidung oder warme Mahlzeiten an Obdachlose verteilen. Die Ehrenamtler, die sich für die Kältebusse engagieren, kennen die Plätze sowie die Obdachlosen meist sehr gut und sehr lange und pflegen den persönlichen Kontakt. Auch wenn nicht alle Obdachlosen in einer Notunterkunft übernachten wollen, zu einer warmen Mahlzeit, einer Decke oder Kleidung sagt kaum jemand nein. Die Kältebusse leisten keine Präventionsarbeit, doch schützen sie Obdachlose vor dem Erfrieren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine Damen und Herren, verstehen Sie Armut und Obdachlosigkeit nicht als isoliertes sozialpolitisches Problem. Wir müssen es angehen, indem wir Arbeitsplätze schaffen, Präventionsarbeit leisten und Soforthilfe bereitstellen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Oellers. – Für die Fraktion Bündnis

90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Oellers, ich hoffe, dass Sie sich Ihre Rede nächstes Jahr noch einmal anschauen werden, um zu sehen, was das Land dazu beitragen konnte, die von Ihnen auf den Tisch gelegten Maßstäbe zu erfüllen. Sie haben doch jeden Maßstab für die Armutsbekämpfung verloren, wenn Sie glauben, dass das Land an diesen Punkten mit den begrenzten Mitteln das machen könnte, was Sie vorgetragen haben. Armut entsteht doch wegen ungerechter Steuerpolitik, weil Hartz IV zu niedrig ausgestattet ist und weil es den Menschen finanziell einfach schlecht geht.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ja, ja, genau!)

Das ist doch die Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD])

Ich bin da aber ganz entspannt. Wir können uns ja dann angucken, welche Programme der Sozialminister herauszaubert und wie die Obdachlosigkeit und die Wohnungslosigkeit zurückgehen. Das werden wir dann sehen.

Herr Minister, Sie haben hier soeben – wie so oft – eine vermeintlich emotionale Rede vorgetragen. Aber, lieber Herr Laumann, was nutzt den Menschen von Air Berlin der Bildungsscheck? – Gar nichts nutzt Ihnen das, was Sie gesagt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Menschen sind schlicht arbeitslos, und Sie haben eben weinend neben mir gestanden. Das ist die Wahrheit, die hier zu beleuchten ist.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Beim Thema „Schulsozialarbeit“ sind sie ja fast an die Decke gegangen. Es war doch Ihre Bundesregierung aus CDU und SPD, geführt von Angela Merkel, die die Mittel für die Schulsozialarbeit gekürzt hat. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Einzige, was Sie machen, ist, den von uns eingebrachten Punkt fortzuschreiben. Sie dynamisieren ihn noch nicht einmal und stellen auch nicht die Finanzierung der ständigen Projektarbeit sicher, damit die Menschen dauerhaft einen Arbeitsplatz bekommen können. Hier kann ich Ihr Credo nicht verstehen.

Jetzt möchte ich zu ein paar Punkten kommen, an denen der Haushalt im Bereich der Sozialpolitik tatsächlich schlechter geworden ist.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Kollege Mostofizadeh, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Hovenjürgen würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Der Sozialpolitiker Hovenjürgen, bitte sehr.

Josef Hovenjürgen (CDU): Sehr geehrter Herr Kollege Mostofizadeh, danke, dass Sie ...

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Mostofizadeh immer noch, aber ...

Josef Hovenjürgen (CDU): Ich übe das, aber es wird nie gelingen.

(Michael Hübner [SPD]: Seit Jahren!)

Wir schauen mal in die Vergangenheit. Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund ein Kompromiss auf Bundesebene mit den Ländern war und dass der Bund sich dazu bereit erklärte, die Finanzierung für einen gewissen Zeitraum zu übernehmen, und dass die Länder dann eintreten sollten. Leider hat Ihre Regierung versäumt, das zu tun.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: So war das nicht!
– Heike Gebhard [SPD]: So war es nicht!)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Hovenjürgen, vielen Dank für diese Frage. Mit diesem Thema habe ich mich ausgiebig beschäftigt. Tatsächlich ist es so gewesen, dass erst das Bundesverfassungsgericht nach Intervention des Bundesrates – mit Mehrheit von Rot und Grün – gesagt hat: Ihr könnt das Bundesteilhabepaket so nicht auf den Weg bringen. Das funktioniert nicht. Ihr müsst dafür sorgen, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter dieses Programm an die Kinder und an die Eltern bringen, damit die es umsetzen können. – Das ist die Wahrheit! Sie sind gerichtlich gezwungen worden, ein Bundesgesetz umgangsfähig zu machen. Das ist doch die peinlichste Geschichte, die Sie sich jemals ans Bein gebunden haben.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dieses Bundesgesetz gilt jedoch fort, Herr Kollege Hovenjürgen. Anstatt dieses Bundesgesetz mit Mitteln zu hinterlegen, haben Frau Nahles und die Bundesregierung auf Intervention – das muss ich zur Ehrenrettung der SPD sagen – von Finanzminister Schäuble gesagt: Wir finanzieren das nicht dauerhaft fort. Wir kippen den Ländern das vor die Füße. Da sind die Länder erpresst worden. Und wir mussten

dann einspringen. Das ist die Wahrheit, die hier zu verkünden ist.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es wäre fachlich richtig, Folgendes zu tun: Die Bundesregierung nimmt ihren Teil und gibt 48 Millionen € plus X plus Dynamisierungszuschlag und sortiert es fachlich in die verschiedenen Facetten der Schulsozialarbeit ein. Das wäre notwendig. Das könnten wir sehr gerne auch gemeinsam tun. Da hat die CDU auf voller Linie versagt, Herr Kollege Hovenjürgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielen Dank für die wunderbare Zwischenfrage. Gerne noch mehr davon!

Ich fahre mit meiner Rede fort. Sie machen aus meiner Sicht im Bereich der Altenpflegeentwicklung einen kapitalen Fehler, Herr Minister. Sie sollten die kommunale Planung, die möglich ist, nicht abschaffen. Sorgen Sie dafür, dass weiterhin „ambulant vor stationär“ gilt. Stärken Sie die Strukturen, damit die Menschen selber bestimmen können, wo sie wohnen und wie sie leben und damit die soziale Stadtentwicklung weiterhin stattfinden kann! Sie sind da auf dem völlig falschen Dampfer. Die Kürzungen der Förderprogramme sind völlig falsch, Herr Minister Laumann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fachlich stört mich, dass ein Katz-und-Maus-Spiel stattfindet, sodass wir zum Teil nachschauen müssen, was gekürzt wurde und was nicht gekürzt wurde.

Einen Punkt – andere Punkte haben wir bereits angesprochen – will ich noch ansprechen, nämlich das Thema „Alter und Trauma“. Die Stellen sind bereits gekürzt. Ich möchte Ihnen einmal eine Geschichte aus meinem Berufsalltag erzählen. Ich kenne aus meiner Tätigkeit in der Altenpflege eine ganze Menge Leute, die leider über massive Traumata verfügen. Wir reden hier immer noch über Menschen, die den Zweiten Weltkrieg erlitten haben. Eine Frau, deren Namen ich nicht nennen will, hat auf dem Weg von Polen nach Deutschland ihr Kind verhungern sehen müssen. Wir reden da über ganz wenige Euro. Warum kürzen Sie das weg? Das ergibt doch überhaupt keinen Sinn. Führen Sie doch die Arbeit fort – ich glaube, Sie sind dort fachlich nicht richtig unterwegs – und bieten Sie eine weitere Zukunft.

(Unruhe)

Zum Bereich der Altenpflege kann ich Ihnen nur sagen: Stärken Sie die Altenstrukturen. Stärken Sie die soziale Stadtentwicklung. Wir brauchen mehr Möglichkeiten, anders leben zu können. Das wird immer ein Kompromiss sein.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Einen kleinen Augenblick bitte, Herr Kollege Mostofizadeh. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe, dass es bei Haushaltsplanberatungen zwischen den Kolleginnen und Kollegen Debatten geben muss, aber bitte nicht so laut, dass es den Redner hier vorne irritiert. Wenn Sie die Debatte nicht über das Redepult führen wollen, dann machen Sie es doch bitte vor der Tür! – Jetzt haben Sie wieder das Wort, Herr Kollege.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich komme in diesem Teilbereich jetzt zum Schluss, auch wenn dieses Thema die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und Herrn Kollegen Höne emotional so auflädt, dass sie immer wieder aus der Jacke springen.

Nehmen Sie doch die Worte einmal fachlich ernst. Diese Geschichten sind nicht erfunden, sondern die habe ich in meinem ganz persönlichen Umfeld so erlebt. Nehmen Sie es einfach zur Kenntnis, dass es eine ganze Menge Menschen mit Traumata gibt. 70 % der alten Menschen über 70 Jahre in Deutschland haben eine Traumaerfahrung. Das kann man sich nicht vorstellen, es ist aber so. Deswegen sollten wir uns fachlich damit auseinandersetzen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lenzen.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht lassen die Emotionen auch wieder etwas nach. In diesem Bereich gibt es ja sehr leidenschaftliche Redner, aber ich glaube, die Emotionen sind auch angebracht.

Die SPD unterstellt immer wieder der NRW-Koalition und der Landesregierung, sie sei eine Koalition der sozialen Kälte. Die eigentlichen Belege dafür haben Sie im Haushalt jedoch nicht gefunden. Gerade im sozialen Bereich konnte ich keine Einsparungen finden. Vielmehr setzen wir die richtigen Prioritäten und übernehmen die Programme der Vorgängerregierung, die wir für sinnvoll erachten.

Herr Mostofizadeh, die Bildung sehen wir sehr wohl als Teil der Sozialpolitik an, gerade mit Blick auf die Prävention. Wenn Sie da anderer Meinung sind, dann spricht das für sich.

Meine Vorrednerin von der CDU-Fraktion hat bereits ausgeführt, dass wir auch im Bereich Armut unterwegs sind. In diesem Bereich haben das Programm „Kein Kind zurücklassen“ und andere Bemühungen der Vorgängerregierung nicht wirklich viel gebracht.

Es gibt in der Tat ein Problem im Bereich Armut von Kindern und Jugendlichen. Gerade in NRW gibt es ein erhöhtes Armutsrisiko, weitaus höher als in den anderen westdeutschen Flächenländern. Vor allem in Städten des Ruhrgebiets ist über ein Drittel aller Kinder abhängig von Transferleistungen. Vor dem Hintergrund ist es richtig, dass die NRW-Koalition in Schulen und Kinderbetreuung investiert. Wir investieren in Bildung und setzen dort die richtigen Schwerpunkte. Genau da müssen wir ansetzen.

(Beifall von der FDP)

Das gehört zu einer erfolgreichen Sozialpolitik. Wir müssen das aber nicht nur für einkommensarme Kinder und Jugendliche und deren Familien in den benachteiligten Quartieren einplanen, sondern wir brauchen einen Gesamtansatz zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung. Hierfür haben wir die Mittel sogar leicht aufgestockt. Das ist offenbar dem einen oder anderen von SPD und Grünen bei den Haushaltberatungen entgangen.

Es war richtig, dass CDU und FDP als Bundesregierung über das Bildungsteilhabepaket einen wichtigen Schritt gesetzt haben, um gerade für Kinder aus benachteiligten Familien Akzente zu setzen und dafür zu sorgen, dass diese für Ausflüge, Klassenfahrten, Mittagsverpflegung in Schule und Kita eine Unterstützung erfahren.

Das Gleiche gilt für den Zugang zur Lernförderung, damit die Inanspruchnahme von Nachhilfestunden erleichtert wird. Es ist richtig und wichtig, dass die Schulsozialarbeit genutzt wird, dass die Leistungen bei denen ankommen, die darauf angewiesen sind.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn es nach Rot-Grün gegangen wäre, wäre doch 2018 mal wieder Schluss gewesen. Gerade die Schulsozialarbeiter fürchteten um ihre Stellen.

Und wer hat letztendlich für eine verlässliche Absicherung erst mal bis 2020/2021 gesorgt?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das war doch die NRW-Koalition mit Minister Laumann. Wir haben das jetzt mittelfristig im Haushalt eingeplant. Natürlich sind wir bei dem Bund weiter in der Pflicht. Deswegen: erst mal Status quo, aber sichergestellt bis 2020/2021.

Wenn es auch nicht zum Einzelplan 11 gehört, Kollege Neumann: Minister Laumann hat Ihnen eben sehr eindringlich nahegebracht, dass wir den Haushaltsansatz für das Sozialticket im Einzelplan 09 unverändert gelassen haben. Das haben wir so beschlossen.

Ich glaube, das sind allein drei Beispiele, an denen man sehen kann, dass die Vorwürfe der SPD in Richtung der NRW-Koalition, wir seien eine Koalition der

sozialen Kälte, schlicht und einfach an den Haaren herbeigezogen sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dieser Haushalt steht für eine zielgerichtete Sozialpolitik, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Tschüss!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Drei Dinge möchte ich loswerden – ich fasse mich kurz –:

Erstens. Herr Neumann, beim ersten Haushalt, der von der neuen Regierung hier eingebracht wird, geht es noch viel um den Status quo der alten Regierung. Da muss man sagen, Frau Oellers hat viel Richtiges gesagt. Wenn die Armutsquote in NRW weiter zunimmt und wenn in meiner Heimatstadt, die übrigens auch die von Frau Oellers ist, mittlerweile mehr als jedes dritte Kind in eine arme Familie geboren wird, in Armut geboren wird, liegt das viel an Ihrer Sozialpolitik, die gehörig in die Hose gegangen ist.

(Beifall von der AfD)

Zweitens. Im neuen Haushalt – das geht an die Adresse der CDU – steht leider auch nicht viel Neues. Das ist nicht dem geschuldet, dass Herr Laumann viel falsch gemacht hätte. Nein, es ist doch so, dass zwei Drittel der Haushaltspositionen allein für Grundversicherung aufgewendet werden. 86 % sind laufende Zuweisungen, und für nur 11 % können tatsächlich Investitionen getätigt werden.

Man muss sich das mal vorstellen: Diese Haushaltsposition steht geradezu dafür, wie diese überbordende Sozialpolitik die Zukunft im Würgegriff hat. Ich habe es an anderer Stelle schon mal erwähnt, und ich erwähne es hier wieder:

Wenn die Sozialkosten – das ist ein gutes Beispiel – in dieser Art und Weise zunehmen, die die Bevölkerung so lähmen, und wir die Menschen eben nicht darin unterstützen, in Arbeit zu kommen und für ihr eigenes Leben Verantwortung zu übernehmen, sondern sie alimentieren und in ihrem Nichtstun noch unterstützen, wie es die SPD seit Jahren befürwortet, dann kommen wir nicht weiter, und dann ruinieren Sie so unsere Zukunft.

(Beifall von der AfD)

Drittens. Ich arbeite meine Punkte langsam ab. Dieser geht an die FDP, die mittlerweile von Gelb zu Magenta gewechselt ist. Ich weiß, das ist schon so ein

bisschen Richtung Rot. Das merkt man auch an der Politik.

(Zurufe von der SPD: Hey!)

Wenn in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile der junge Akademiker mit seinen zwei Kindern mit 53.000 € Einnahmen im Jahr, der vielleicht seine Familie noch aufbauen und eine Zukunft haben möchte, zu den Spitzenverdienern zählt und den Spitzensteuersatz zahlt, würde ich erwarten, dass sich auch die FDP aus dem größten Bundesland Deutschlands ein bisschen mehr dafür einsetzt, dass die Leute, die in Arbeit sind, vielleicht mal wieder atmen können und entlastet werden.

Wenn ich einen Vergleich ziehen darf: Die Tabaksteuer soll vielleicht die Menschen davon abhalten, zu rauchen. Soll die Einkommensteuer von 42 % die Menschen davon abhalten, zu arbeiten?

(Beifall von der AfD)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vincentz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gerne auf einige Fragen eingehen, die hier aufgeworfen worden sind:

Erstens. Herr Kollege Neumann, Sie haben die Sache mit den Heimkindern angesprochen. Der Vertrag, wonach wir zahlen, ist am 1. Dezember 2016 abgeschlossen worden; er trägt nicht meine Unterschrift.

Dieser Vertrag zwischen Bund, Ländern und Kirchen über den Fonds legt fest, dass wir 3,4 Millionen in 2017, 2 Millionen in 2018, 3,4 Millionen in 2019 und 2 Millionen in 2020 überweisen müssen. Genau diesen Vertrag halten wir im Haushalt ein. Wir haben also nichts gekürzt, sondern wir halten einen Vertrag ein, der damals von den Stiftungsgebern für die Heimkinder vereinbart worden ist. – Ich denke, dass die Sache damit aus der Welt ist.

Zweitens. In der Sozialpolitik sind wir nach Bayern das zweite Flächenland – wir reden gleich noch mal darüber –, in dem die Landesregierung das WTG umsetzt. Das wird wohl in der Frage der Behindertenpolitik auch in NRW ganz neue Ansätze bei der Personenzentrierung ermöglichen. Ich freue mich darauf, dass wir dieses gemeinsam mit anderen – zusammen mit den Kommunen, den Landschaftsverbänden – in den nächsten Jahren gestalten werden.

Ich glaube auch, dass man damit aufhören muss, im Landtag immer wieder zu sagen: Die jetzige Regierung macht nichts am sozialen Arbeitsmarkt. Wir haben die knapp 50 Millionen, die schon von der alten Regierung vorgesehen waren, in Programme umgesetzt. Von den Programmen werden in den Städten und im Landkreis Recklinghausen im Ganzen 1.000 Menschen profitieren.

Nur, wir haben nicht eine ganz normale ABM gemacht, sondern wir haben gesagt: Überlegt doch bitte als Kommunen Konzepte, wie wir das näher am ersten Arbeitsmarkt hinkriegen. Das ist, finde ich, für die Arbeitsmarktpolitik des Landes, auch später, wenn wir vielleicht mal den Aktiv-Passiv-Transfer haben, das Hochinteressante, wie Kommunen bei Ausschreibungen, die sie als Kommune an die Wirtschaft machen, zum Beispiel auch vereinbaren, dass Menschen aus dem Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit dann eine faire Chance haben, in den Betrieben zu arbeiten, die städtische Aufträge haben.

(Beifall von der CDU)

Da ist es für mich als jemand, der jahrelang Arbeitsmarktpolitik macht, gar nicht mehr so interessant, Neues über die Arbeitslosen zu erfahren, sondern es ist hochinteressant, wie solche Ausschreibungen funktionieren, wie man sie rechtssicher macht, wie der Mittelstand auf solche Ausschreibungen reagiert, wie Kommunen Aufträge so bündeln können, dass wir relativ langfristige Beschäftigung für mittelständische Unternehmen anbieten können.

Ich glaube, all dies sind Dinge, die wir dringend brauchen in Vorbereitung dessen, was – da bin ich sicher – in der jetzt in Berlin laufenden Wahlperiode in dieser Frage kommt.

Wir müssen auch jetzt nicht sagen, dass bei der Altenpflege alles schlecht oder alles gut ist. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Altenpflege wird die größte Herausforderung für diese Gesellschaft, egal wer regiert, weil die Zahl der Menschen, die davon betroffen sind, jedes Jahr zwischen 2 und 3 % zunimmt. Das wird in den nächsten 20 bis 30 Jahre so sein.

Meine Politik ist von folgendem Grundsatz geprägt. Erstens: Wo Menschen in dieser Situation leben wollen, entscheiden sie mit ihren Familien selbst; ich sage nicht, was der beste Wohnort für einen Pflegebedürftigen ist. Es gibt für alles gute Gründe, und jeder soll das nach seiner Fassung lösen, wie er es für richtig hält.

Der zweite Punkt ist: Die Menschen werden nur dann gut versorgt sein, wenn wir die Familien, das soziale Umfeld der Betroffenen, mit Professionalität zusammenbringen. Wer glaubt, dass es nur durch Professionalität geht: Wir werden nie so viele Leute in unseren Altenheimen haben, dass ein Mensch das, was er an Liebe und Geborgenheit braucht, nur durch be-

zahlte Leute bekommt. Wir werden das in der häuslichen Pflege auch nicht nur mit der Familie hinbekommen.

Deswegen müssen sich die Programme und alles, was wir überlegt haben, immer daran messen lassen: Wie bekommen wir ein gutes Miteinander zwischen den ehrenamtlichen Strukturen, den Sozialstrukturen, den Familien und der Professionalität hin?

Ich habe erst einmal in den nächsten Wochen noch damit genug zu tun, dass ich ziemlich bürokratische Regelungen, die durch Verordnungen und auch durch ein Gesetz gemacht worden sind, in Nordrhein-Westfalen so hinbekomme, dass sie überhaupt praktikabel sind.

In dem Zusammenhang – das ist richtig – werden wir auch über die Frage der kommunalen Planung reden. Ich kann Ihnen sagen: Ich halte es von vornherein nicht für eine gute Idee, den Sozialhilfeträger zum einzigen Planer der Einrichtungen rund um die alten Leute zu machen.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Ich halte das aus grundsätzlichen Erwägungen nicht für eine tolle Idee.

Deswegen sollten wir einmal in Ruhe überlegen, wie wir das besser zusammenfügen. Die ersten Städte sagen jetzt: Bei Leuten über einem bestimmten Alter prüfen sie erst einmal mit den Amtsärzten, ob diese in ein Heim gehen dürfen. Da sind die Warteschlangen länger als beim MDK. Haben wir das wirklich gewollt? Haben wir wirklich gewollt, dass wir jetzt wieder in einigen Städten Wartelisten für Altenheime haben? Haben wir wirklich gewollt, dass die Altenheime aus den 60er-Jahren voll sind und nicht durch neue Altenheim ersetzt werden, weil der Bau von Altenheimen nicht zugelassen wird?

Ich glaube – ich sage das, damit das ordnungspolitisch klar ist –: Wenn die Menschen Wünsche nach Produkten und Dienstleistungen haben, ist der Markt immer noch die eine bessere Antwort als die staatliche Planung, um Angebote der Nachfrage gegenüberzustellen. Das sage ich in aller Deutlichkeit. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der FDP und Alexander Langguth [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Aussprache zu Einzelplan 11, Teil b) Soziales.

Ich rufe nun den dritten Teil von Einzelplan 11 auf:

c) Gesundheit

Ich eröffne die Aussprache für diesen Teilbereich. Der erste Redner ist auch hierbei Herr Kollege Neumann für die SPD-Fraktion.

Josef Neumann (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Laumann, die Aussage, die Sie eben hier getätigt und bereits im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales verdeutlicht haben, lautete, dass der Markt der beste Pfadfinder sei. – Das gilt für vieles, aber nicht für die Gesundheits- und Daseinsvorsorge.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir die Bereiche, in denen Menschen auf Hilfe, zum Teil auf massive Hilfe, angewiesen sind, nur dem Markt oder Teilen des Marktes überlassen, kann ich nur sagen: Gott bewahre uns davor, was dann passiert. Deshalb kann dieser Grundsatz in diesen Bereichen nicht gelten. Gesundheit ist kein Spielball, den man einfach dem Markt überlässt. Da brauchen wir Steuerung. Da brauchen wir Gestaltung. Da brauchen wir Gesetze.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich bei dem Thema „Gesundheit“ auf einige Aspekte eingehen, die wir schon einmal diskutiert haben, die aber aus meiner Sicht wichtig sind. Sie haben großartig angekündigt, die Krankenhausfinanzierung werde in den nächsten Jahren auf breitere Füße gestellt; das ist durchaus löblich. Sie haben dann relativ schnell deutlich gemacht, dass die 40 % von den Kommunen zu bezahlen sind – die kein Geld haben. Ich frage mich, wie wir eine nachhaltige Verbesserung dieser Situation erreichen sollen, wenn wir gleichzeitig die kommunale Familie in diesem Maße belasten.

Deshalb brauchen wir eine Entlastung. Gerade in einer Zeit, in der wir die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür haben, müssen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, von dieser Belastung durch die Krankenhausfinanzierung zumindest zum Teil entlastet zu werden. Das fordern wir nachdrücklich.

Zweitens. Wie bekommen wir es hin, dass Menschen in der Gesundheits- und in der Altenpflege arbeiten? Wie wollen sie dort nachhaltig arbeiten? Wie gewinnen wir Menschen dafür?

Die zentrale Voraussetzung ist, dass wir bei der Frage der Schulkosten insbesondere in der Altenpflege die beteiligten Träger stärken müssen. Wir haben jetzt die finanziellen Möglichkeiten dafür, das Schulgeld, das pro Platz bezahlt werden muss, zu erhöhen. Die 280 €, die wir seit Jahren haben, müssen aufgestockt werden, denn sonst werden wir es nicht nachhaltig schaffen, ausreichend qualifiziertes Personal in einer Stärke zu bekommen, die wir der Demografie schuldig sind. Das haben Sie selbst noch einmal sehr deutlich in diesem Bereich angesprochen.

Das Thema „Alter“ bedeutet, langfristig im Quartier wohnen bleiben zu können. „Alter“ bedeutet, dass wir Strukturen schaffen, dass in den Quartieren die Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass Menschen selbst bei der Betreuung von Verwandten, Bekannten oder sonstigen Personen dort möglichst lange leben können. Dass die Landesregierung ausgerechnet deshalb die Mittel für die Quartiersförderung auslaufen lässt, ohne eine Perspektive zu haben, was über das Jahr 2018 hinaus kommt, ist kontraproduktiv für die Debatte einer nachhaltigen Versorgung von Menschen in der Altenpflege.

Hier bedarf es einer klaren Korrektur und einer Verdeutlichung, welche Alternative kommen muss, wenn Sie diese Projekte einstampfen.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie haben zahlreiche Punkte im Rahmen der Gesundheitspolitik angesprochen. Ich will einen Punkt herausheben, der aus meiner Sicht wichtig ist, weil er die Selbsthilfe betrifft, die hier eine enorme Leistung erbringt. Das sind insbesondere die Krebsberatungsstellen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Machen wir!)

Die Krebsberatungsstellen müssen weiter klar und deutlich unterstützt werden. Wir brauchen einen Ausbau angesichts der Situation, dass wir flächendeckend enorme Bedarfe haben. Hierzu lautet meine Aufforderung, in diesem Bereich die Maßnahmen, die wir bis jetzt im Haushalt hatten, nicht nur zu erhalten, sondern aufzustocken. Leider ist das abgelehnt worden.

Aber ich hoffe, dass wir im Laufe der nächsten Beratungen zu den einzelnen Themen auch in diesen Selbsthilfebereichen zu einer Stärkung im Sinne einer vernünftigen Gesundheitspolitik kommen. Das ist ein wichtiger Teil der Prävention, und die Prävention in diesem Bereich ist die Voraussetzung, damit die Menschen in diesem Land vernünftig und gesund leben können. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Preuß.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es an den beiden Plenartagen mehrfach gehört: Der Haushalt 2018 ist durch Strukturveränderungen gekennzeichnet. – Das gilt auch für den Bereich der Gesundheit. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Krankenhausfinanzierung. Mit dem vorliegenden Haushalt werden die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen gestärkt.

Die NRW-Koalition hat mit der dringend notwendigen Aufstockung der Krankenhausfinanzierung um 250 Millionen € auf rund 780 Millionen € im Nachtragshaushalt 2017 einen ersten Schritt getan, um den Häusern eine schnelle Hilfe zukommen zu lassen. So viel Geld hat es hier noch nie gegeben. Es ist bezeichnend, dass Herr Kollege Neumann zum dritten Mal und Herr Mostofizadeh – sicherlich auch gleich zum dritten Mal – hier gesprochen haben, ohne auf den Haushalt im Detail einzugehen.

(Beifall von der CDU)

Wir werden die Krankenhausfinanzierung auch in den nächsten Jahren kontinuierlich verbessern. Für die bewährte Pauschalfinanzierung – Baupauschale – unserer Krankenhäuser sind im vorliegenden Entwurf 329 Millionen € zur Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter, 217 Millionen € für die Baupauschale sowie 1,7 Millionen € für besondere Beiträge ausgewiesen.

Es ist aber auch eine klare Botschaft dieses Haushalts – der Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann hat darauf mehrfach hingewiesen –, dass die Erhöhung der Landesmittel zwingend mit strukturellen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft verbunden sein muss, um langfristig eine gesunde Finanzierungsbasis zu erreichen. Dazu gehört eine Krankenhausplanung, die an Versorgungsstrukturen und Qualität ausgerichtet sein wird.

(Beifall von der CDU)

Es steht fest, dass es keine Neuauflage der Einzelförderung von 2007 geben wird. Die Einzelförderung wird sich nicht am Windhundprinzip orientieren, sondern an der Qualität. Die Pauschalförderung wird um eine strukturoptimierte Einzelförderung in Höhe von 33,3 Millionen € ergänzt. Jetzt wird sicherlich gleich vorgetragen werden, dass das viel zu wenig sei. Völlig klar ist aber, dass die Förderschwerpunkte noch festzulegen sind.

Dabei ist eine enge Verzahnung von strukturellen Planungsentscheidungen mit der Finanzierung vorgesehen. Das können ebenso bauliche Umsetzungen wie auch Investitionen in sensible Bereiche sein, zum Beispiel in die Hygiene. Das können aber auch besondere Schwerpunktsetzungen sein. Die Tatsache, dass es immer mehr ältere Menschen mit immer multipleren Krankheitsbildern gibt, fordert neue Strukturen gerade heraus. Das gilt hinsichtlich einer guten personellen Ausstattung der Krankenhäuser genauso wie im Bereich der Pflege.

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Pflegereform bzw. zur Pflegeberufereform sagen. Erstmals gibt es eine Regelung zur Finanzierung der Pflegeausbildung, sowohl zur Ausbildungsvergütung als auch zu den Schulkosten. Bei den ab 1. Januar 2020 beginnenden Ausbildungen nach neuem Recht werden die Schulkosten über einen Landesfonds finanziert, an

dem neben den Krankenhäusern, den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und der Pflegeversicherung auch das Land mit einem Kostenanteil von rund 9 % beteiligt sein wird.

Für das Jahr 2018 ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Peter Preuß (CDU): ... ist der Haushaltsansatz – ich bin sofort soweit – aufgrund der weiter steigenden Zahl an Auszubildenden bereits auf insgesamt 63 Millionen € aufgestockt worden. Das begrüßen wir genauso wie die Fortführung des Hausärztesprogramms, das in der ersten Amtszeit von Minister Laumann ins Leben gerufen wurde.

Der vorliegende Haushalt ist ein deutliches Zeichen in Richtung der Krankenhäuser, in Richtung der Pflegeberufe sowie in Richtung der medizinischen Versorgung insgesamt und zeigt, dass die NRW-Koalition nicht nur redet, sondern auch handelt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt in der Tat noch einmal Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Kollegen haben vorhin behauptet, ich würde nicht zum Haushalt reden. Für die Zahlenfetischisten: Ich spreche jetzt über das Kapitel 11 070 im Einzelplan 11 des Haushaltsplans, in dem es um die Krankenhausförderung geht.

Die jetzige Landesregierung schlägt vor, 300 Millionen € weniger auszugeben als im letzten Jahr – zusammengesetzt aus einer Kürzung von 200 Millionen €, und 100 Millionen €, die sie sich von den Kommunen bezahlen lässt. Ob das jetzt der große Aufschlag in Richtung Krankenhausfinanzierung ist, kann ich nicht so ganz erkennen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt einen weiteren Punkt, der fachlich sehr wichtig ist – das Stichwort „Selbsthilfe“ hatte der Kollege Neumann ebenfalls angesprochen –: Wir müssen die Krebsberatungsstellen im Bereich der Prävention stärken. Wir werden dazu auch noch einen Antrag einbringen; die Kollegen hatten die entsprechende Zielrichtung vorgegeben. Das ist uns sehr wichtig, und ein solches Herangehen an diesen Bereich unterscheidet uns fundamental von einigen Kolleginnen und Kollegen hier im Hause.

Herr Minister, ich bin sicher, dass Sie beim Thema „Versorgung von alten Menschen mit Wohnen“ – und ich meine „Wohnen“! – auf dem völlig falschen Dampfer sind. Es entspricht nicht der Realität, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen eine Wahlfreiheit haben, wenn es darum geht, Betreuungsmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben in den unterschiedlichen Wohnungen zu finden. Gehen Sie doch mal durch die Städte! So sehr wir uns auch bemühen, entspricht es aber leider der Realität, dass die allermeisten Quartiere und Wohnungen eben nicht barrierefrei sind!

Natürlich ist das Leben ein Kompromiss, und man kann viele Dinge durch Assistenzen und Teilbaumaßnahmen erledigen. Der entscheidende Punkt ist aber doch nicht, dass wir zu wenige Heimplätze hätten, um die Menschen zu versorgen. Das mag eine vorübergehende Delle sein, die wir in wenigen Monaten ausgebaut haben können. Die Wahrheit ist doch vielmehr, dass ein selbstbestimmtes Leben erst dann möglich wird, wenn wir deutlich in die Quartiere investieren und für eine soziale Stadtentwicklung sorgen, die es den Menschen ermöglicht, dort leben zu bleiben, wo sie bereits wohnhaft sind.

Das muss nicht unbedingt immer die Wohnung sein, in der man früher gewohnt hat. Es geht aber darum, dass man dort leben kann, wo man wohnen möchte, und zwar mit einer vernünftigen Versorgung, mit den unterschiedlichen Möglichkeiten im Quartier und mit einer vernünftigen infrastrukturellen Ausstattung. Wenn Sie einzig auf die Heime setzen – so ist zumindest der Eindruck –, sind Sie völlig falsch unterwegs.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen, der von großer Bedeutung ist: Sie haben eben gesagt, dass die Altenpflege nicht allein von der professionellen Arbeit gestemmt werden kann. – Da haben Sie selbstverständlich recht; das ist völlig klar. Etwa 70 % der Pflege – wahrscheinlich ist die Dunkelziffer noch höher – wird durch Angehörige oder durch Menschen aus dem persönlichen Umfeld der zu Pflegenden geleistet.

Diese Menschen brauchen natürlich professionelle Unterstützung. Sie brauchen Menschen, auf die sie sich verlassen können, mit denen sie reden können, die sie fragen können, wie etwas geht. Ich habe in meiner Praxis allzu oft erleben müssen, dass die gut gemeinte Pflege oftmals schlecht ausgeführt wird – zum Schaden der eigenen Betreuung sowie zum Schaden der zu Pflegenden. Deswegen müssen wir an dieser Stelle investieren; wir müssen da besser werden. Wir müssen aber auch die freie Entscheidung durch die Pflegebedürftigen ermöglichen.

Der Einzelplan 11 setzt an vielen Stellen vernünftige Ansätze fort.

Der letzte Aspekt, auf den ich noch eingehen möchte, ist die Altenpflegeausbildung. Dort stocken Sie richtigerweise um 5 % auf; das sind 3 Millionen €, wenn ich es richtig gerechnet habe. Gott sei Dank tun Sie das! Das ist ein Unterschied zu Ihrer ersten Amtszeit, in der Sie relativ statisch vorgegangen sind und die Zahl der Altenpflegeplätze stagniert ist. Erst in den Jahren 2010 bis 2017 sind die Mittel für die Altenpflege verdoppelt worden, und damit ist auch die Zahl der Altenpflegeplätze gestiegen.

An einem Punkt bitte ich jedoch um Nachbesserung; wir haben noch bis Januar Zeit, entsprechend tätig zu werden: Die Pflegesätze für die Pflegeausbildung sind zu niedrig. Die Träger können das so nicht mehr leisten. Da brauchen wir eine Nachsteuerung. Da werden mehr Mittel benötigt, sonst wird dort demnächst nicht mehr ausgebildet. Hier müssen wir ein Stück drauflegen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die NRW-Koalition aus FDP und Christdemokraten steht für eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Menschen und in allen Regionen unseres Landes.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dazu gehören ausreichende Angebote von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und anderen Gesundheitsleistungen.

Im Zusammenhang mit Ihrer Kritik an der Förderung der Krankenhausinvestitionen möchte ich noch einmal kurz daran erinnern, dass es doch Ihre rot-grüne Landesregierung war, die die Investitionsförderung über Jahre vernachlässigt hat. Nordrhein-Westfalen war im Vergleich aller westdeutschen Flächenländer Schlusslicht, was die Investitionsförderung betraf. Also musste diese Landesregierung endlich handeln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

So war auch die einmalige Erhöhung der pauschalen Fördermittel um 250 Millionen € im Nachtragshaushalt notwendig und richtig, um den bestehenden Rückstand bei den Investitionen abzubauen. Es wird weiter investiert: Wir werden auch im Haushaltsplan für das Jahr 2018 insgesamt 50 Millionen € mehr Fördermittel zur Verfügung stellen, als sie noch im rot-grünen Haushaltsplan 2017 standen.

Zur Kritik der kommunalen Beteiligung an der Krankenhausförderung möchte ich anmerken: Wir hatten

auch unter der rot-grünen Landesregierung einen gesetzlichen Rahmen, der eine Beteiligung der Kommunen in Höhe von 40 % vorsah. Damit liegen wir auf gleicher Höhe mit Niedersachsen und niedriger als unsere anderen Nachbarländer Hessen und Rheinland-Pfalz.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber die Kommunen sind doch alle arm, sagt Ihre Fraktion doch!)

Sie sollten auch nicht vergessen, dass gerade die Kommunen von den Investitionen in ihre Kliniken profitieren,

(Michael Hübner [SPD]: Besonders die Kommunen, die keine Krankenhäuser haben!)

indem eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort und Arbeitsplätze gesichert werden. Insofern halte ich es für verfehlt, die kommunale Beteiligung an der Förderung infrage zu stellen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Neben den Krankenhäusern sind die niedergelassenen Haus- und Fachärzte eine grundlegende Säule der medizinischen Versorgung. Gerade im ländlichen Raum und in Westfalen sind aber Hunderte Hausarztstühle nicht mehr besetzt. In den letzten Jahren sind doppelt so viele Hausärzte in den Ruhestand gegangen, wie neue Allgemeinmediziner nachgekommen sind.

Für eine wohnortnahe ambulante Versorgung müssen wir deshalb die Zahl neuer Niederlassungen in den kommenden Jahren steigern. Die NRW-Koalition wird sich dieser Herausforderung endlich annehmen. Wir werden den Weg in die Niederlassung erleichtern und die Landesförderung durch eine Konzentration auf kleinere Gemeinden und eine Aufstockung der jeweiligen Förderbeträge effektiver gestalten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit einer Medizinischen Fakultät in Ostwestfalen und mehr vollwertigen Lehrstühlen für Allgemeinmedizin werden wir zudem mehr Absolventen für die hausärztliche Tätigkeit gewinnen.

Ein Thema, das ich in den vergangenen Jahren bei jeder Haushaltsberatung ansprechen musste, war der Patientenbeauftragte des Landes mit einem Haushaltsansatz von 400.000 € – und das für eine Einrichtung mit gerade einmal 1.300 Kontakten pro Jahr, also 1.300 E-Mails oder Anrufe. 1.300 Patientenkontakte hat ein ordentlicher Hausarzt bereits nach einer Woche zu Beginn eines Quartals – das nur mal zum Vergleich. Ich habe immer wieder gefordert, auf diese Ausgabe zu verzichten.

Deshalb freue ich mich umso mehr, dass Minister Laumann die Stelle des Patientenbeauftragten mit der der Behindertenbeauftragten zusammengefasst

hat. So behalten wir einerseits die Wirtschaftlichkeit im Auge und erreichen andererseits eine starke und effiziente Vertretung für die betroffenen Menschen bei uns in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine große Gefahr für die Gesundheitsversorgung in unserem Land droht aber auch aus Berlin, wenn die SPD dort die sogenannte Bürgerversicherung in den Verhandlungen durchsetzen will. Das duale System der Krankenversicherung in Deutschland

(Nadja Lüders [SPD]: Was für ein duales System?)

sichert jedoch gerade im internationalen Vergleich eine hohe Qualität der Leistungen.

In anderen europäischen Staaten wie in Großbritannien oder in den nordischen Ländern gibt es staatliche, vereinheitlichte Gesundheitssysteme, verbunden mit langen Wartezeiten für fast alle Patienten, teilweise hohen Zuzahlungen, Rationierungen sowie Einschränkungen bei der freien Arztwahl.

(Michael Hübner [SPD]: Das hat doch mit der Finanzierung nichts zu tun!)

Ohne den Systemwettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung würde sich zudem die Aufnahme von medizinischen Innovationen in die Regelversorgung deutlich verzögern.

(Michael Hübner [SPD]: Sie wären auch gegen Obamacare! Obamacare war auch Mist!)

Die Befürworter einer solchen Bürgerversicherung vergessen darüber hinaus die Beschäftigten in der Versicherungswirtschaft, aber auch die Beschäftigten in den Arztpraxen. Viele große PKV-Unternehmen haben ihren Sitz bei uns in Nordrhein-Westfalen – in Wuppertal, Dortmund, Köln und Münster – und bieten dort mehreren Zehntausend Menschen in unserem Land einen Arbeitsplatz.

Liebe Kollegen von Rot-Grün, ich verstehe eines nicht. Sie haben vorhin auf die Arbeitsplätze bei Air Berlin, bei Siemens oder im Stahlbereich hingewiesen. Natürlich müssen wir uns darum kümmern. Sie aber setzen hier in Nordrhein-Westfalen ungefähr 30.000 Arbeitsplätze bei der PKV aufs Spiel. Das nenne ich unsozial, das nenne ich soziale Kälte!

(Beifall von der FDP und der CDU – Nadja Lüders [SPD]: Sie haben das System nicht verstanden! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist soziale Kälte, werte Kollegen.

(Michael Hübner [SPD]: Genau!)

Zudem gefährdet nach einer Studie des Darmstädter WifOR-Instituts der Verlust der PKV-finanzierten Gesundheitsleistungen und damit verbundener Mehr-

umsätze rund 300.000 Arbeitsplätze in der medizinischen Versorgung.

Die FDP-Landtagsfraktion kämpft weiterhin für diese Arbeitsplätze in NRW, für medizinische Innovationen und eine gute Versorgung und somit für den Erhalt des dualen Systems der Krankenversicherung

(Michael Hübner [SPD]: Duales System der Krankenversicherung – was ist das?)

für eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die AfD hat jetzt noch einmal Herr Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg: Der Etat des Ministeriums für den Bereich Gesundheit und Soziales unterliegt, wie in anderen Bereichen auch, einschränkenden Rahmenbedingungen, die dem beherrschenden Einfluss der Bundesrepublik geschuldet sind.

Doch der bundespolitische Etat im Bereich Gesundheit und Soziales ist genauso bescheiden; denn der Löwenanteil der hier aufgewendeten Teilsummen des Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik Deutschland stammt nicht aus den öffentlichen Haushalten, sondern wird durch Beiträge der Versicherten für die Krankenversicherung und für die Pflegeversicherung aufgebracht.

Ansonsten ist gerade dieser Bereich durch den Selbstverwaltungsgedanken geprägt. Das heißt, das Handeln der Kranken- und Pflegeversicherungen, der Ärzteschaft, der Krankenhäuser und der Pflegeeinrichtungen unterliegt eigenständiger Rechtsetzung. Der Gesundheitsminister ist also weniger als Goldstücke verteilender Dukatenesel gefragt, sondern vielmehr als kompetenter Manager der diversen und durchaus legitimen Einzelinteressen.

Das ist natürlich leichter gesagt als getan. Unumstrittener Ansatzpunkt in diesem Bereich ist die Strukturverantwortung, die sich darin zeigt, dass die Investitionsregelungen sowohl im Krankenhausbereich als auch für die Pflegeeinrichtungen landesgesetzlichen Regelungen unterfallen. Gerade hier besteht ein klein wenig Hoffnung, dass sich die Dinge mit der Mitte-rechts-Koalition bessern könnten.

Ein wichtiger Anfang ist mit der Ad-hoc-Erhöhung der Investitionsförderung im Krankenhausbereich um dreistellige Millionenbeträge für 2017 und 2018 gemacht worden. Verwunderlich war hier eher das Auftreten der früheren Regierungsfractionen, das an Selbstgefälligkeit kaum mehr zu überbieten ist. Die

Parteien, die sieben Jahre lang die Kliniken am ausgestreckten Arm haben verhungern lassen, treten hier auf, als hätten sie mit den angehäuften Versäumnissen rein gar nichts mehr zu tun.

(Beifall von der AfD)

Nicht nur in der Investitionsförderung gibt es gravierende Versäumnisse; sondern auch bei der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung steht unser Land vor riesigen Problemen. Zwar hat Minister Laumann das Problem erkannt und benannt, aber die Abhilfemaßnahmen – unter anderem zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten in Ostwestfalen – werden frühestens in zehn Jahren zum Tragen kommen und sind bislang eher der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Es bedarf noch weiterer Maßnahmen, damit wir beispielsweise in der Hausarztversorgung keinen Zusammenbruch der Strukturen erleben.

Aber auch in der Pflege sind die vergangenen sieben Jahre nicht die Erfolgsgeschichte, als die sie von der SPD und von den Grünen gerne dargestellt werden. In den letzten Wochen habe ich mich viel in Pflegeeinrichtungen und bei den Kommunen umgehört. Deren Urteil über das grüne Pflegeschaffen fällt keineswegs positiv aus.

Da hört man von der einseitigen Bevorzugung der ambulanten Pflege über das Maß des Sinnvollen und des nach § 3 Pflegeversicherungsgesetz Gebotenen hinaus. Man hört auch vom aufgeblähten Pflegeausschuss, der den Charakter eines Arbeitsgremiums zur Abstimmung der Akteure der Pflegeszene vollständig verloren hat, und der nur noch für Fototermine tauglich ist.

Auch wir Abgeordneten im Ausschuss sind mit Novellierungen der Fristen von Verordnungen zwangsbeschäftigt, weil die Regelungen des unter Ministerin Steffens komplett neugefassten Landesgesetzes hinten und vorn nicht funktionieren.

Sehr geehrter Herr Minister Laumann, wenn Sie hier eine Weichenstellung fort vom ideologischen Denken und Handeln, hin zu einer Politik der wirklichen Zusammenarbeit aller Akteure aus Verwaltung und aus der Pflegepraxis zum persönlichen politischen Ziel erklären, dann stehen wir bereit, diesen Prozess in den kommenden Jahren konstruktiv zu begleiten.

(Beifall von der AfD)

Ein letztes Wort mit Blick auf die Bundespolitik, auf die die Landesregierung des größten Bundeslandes doch auch Einfluss nehmen will. Wir entnehmen den Medienberichten, dass unglaubliche 10 Milliarden € an Versicherungsbeiträgen im Jahr nicht den Versicherten und ihren Angehörigen zugutekommen; vielmehr werden Leistungen in dieser aufgrund des Fehlverhaltens des Bundes abgezweigt und landen bei Nichtversicherten,

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

für die der Bund seinen kompensierenden Zahlungspflichten nicht in dem erforderlichen Maße nachkommt.

Ich halte fest: Wir haben in Deutschland noch keinen National Health Service, durch den es zum Beispiel Großbritannien gelungen ist, seinen Gesundheitssektor zu ruinieren. Wenn die eine Partei mit der vermeintlichen sozialen Gerechtigkeit punkten will und die andere mit der schwarzen Null beim Bundeshaushalt, dann hat der Bürger als Versicherter letztlich gar nichts davon. 10 Milliarden € – das bedeutet immerhin rund 2 Milliarden € von NRW-Versicherten, die illegitim nicht unseren Versicherten zugutekommen.

Herr Minister, auch wir erwarten, dass in dieser Frage unser Land und unsere Landesregierung deutlich werden lassen, dass sie nicht nur ein Herz für Versorgungssuchende aus aller Welt, sondern auch für die Menschen haben, die hier täglich schwer arbeiten und schon länger hier wohnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht jetzt erneut Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden die Verantwortung von Nordrhein-Westfalen für die Krankenhäuser in den nächsten Jahren sehr viel stärker wahrnehmen, als wir das zuvor getan haben. Wir werden das Jahr 2018 brauchen, um unsere Überlegungen, wie wir die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln wollen, evident aufzuschreiben und sie mit den Zuständigen und natürlich auch mit dem Ausschuss zu besprechen.

Ab 2019 werden wir jedes Jahr Schritt für Schritt versuchen, mit einem höheren dreistelligen Millionenbetrag zusätzlich zu den jetzigen Krankenhausfinanzierungen Strukturveränderungen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Außerdem werden wir dafür sorgen, dass uns die ärztliche Versorgung nicht zusammenbricht. Jeder zweite Hausarzt im westfälischen Landesteil, der auf dem Land praktiziert, ist über 60 Jahre. Hier habe ich ein schweres Erbe übernommen. Wir müssen alles daransetzen, mehr Ärzte zu bekommen.

Dafür haben wir eine Doppelstrategie. Wir wollen mehr Ärzte ausbilden. Wir wollen eine neue Fakultät in Ostwestfalen mit dem Schwerpunkt „Hausmedizin“ aufbauen. Wir werden im Rahmen eines Sofortprogramms etwas für die Universität Witten/Herdecke tun. Die Universität Witten/Herdecke bringt uns zurzeit mehr Hausärzte als manche medizinische Fakultät.

Seit zwei Tagen liegt uns ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor, nach dem die Auswahl der Medizinstudenten in Deutschland – ich sage: Gott sei Dank! – nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Wir werden dem Landtag von Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr möglichst schnell einen Vorschlag unterbreiten, wie wir mit der Landarztquote umgehen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts scheint klar zu sein, dass eine Landarztquote nicht über Regierungshandeln, sondern nur über ein Parlament zu erzielen ist. Das Verfassungsgericht hat dem Gesetzgeber einen hohen Stellenwert eingeräumt. Die Landesregierung wird sicherlich einen Vorschlag unterbreiten, der dann hier im Landtag verabschiedet wird.

(Beifall von der CDU)

Wir werden die Pflege in Nordrhein-Westfalen stärken. Ich habe ein Ziel in meiner Amtszeit: die gemeinsame Stärkung der Pflege bei uns – in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland –, sodass die Pflege zu einer eigenständigen Profession im Gesundheitswesen wird. Die Pflege muss in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden.

Die Pflege muss auch über eine eigene Vertretung im Gesundheitssystem verfügen. Ich weiß durch meine vorherige Tätigkeit in Berlin, dass das Schlimme für die Pflege darin besteht, dass immer dann, wenn über Pflege entschieden wird, kein Vertreter der Pflege am Tisch sitzt. – Das geht so nicht weiter!

(Beifall von der CDU)

Zum Schluss will ich Ihnen noch eines sagen: Wir werden immer darüber streiten, ob man genug oder zu wenig tut. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass die Grundidee meiner Sozialpolitik die christliche Soziallehre ist. Wir feiern in wenigen Tagen Weihnachten. Das ist die Hinwendung Gottes zu den Menschen.

(Nadja Lüders [SPD]: Genau! Beim Ladenöffnungsgesetz zeigt sich, wie christlich das ist!)

Die christliche Soziallehre ist das gesellschaftliche Konzept, das mit dieser Religion zusammenhängt. Deswegen wird es von mir immer eine Politik geben, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt,

(Michael Hübner [SPD]: Da bin ich gespannt, Herr Kollege Laumann!)

die kleinen Lebenskreise vor die großen zieht und sich immer an einem vernünftigen Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität ausrichtet.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich glaube, das ist ein zeitloses und richtiges Konzept. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 11. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/1551** ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Wer möchte sich enthalten? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Einzelplan 11**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1511, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung**. Wer also der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die Enthaltungen sind demzufolge bei der AfD und dem fraktionslosen Abgeordneten Neppe. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 11** damit **in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/1511 angenommen**.

Ich schließe die Abstimmung zum Einzelplan 11 und rufe auf:

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz b) Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1510

In Verbindung mit:

Landesgartenschau in Nordrhein-Westfalen fortführen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1435

Ich eröffne die Aussprache zum Teilbereich